

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Frau Gisela Manderla

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 17.11.2008

AN/2300/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	01.12.2008

Umstrukturierung des Amtes 5110 Familienberatung und Schulpsychologischer Dienst der Stadt Köln

Sehr geehrte Frau Manderla,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 01. Dezember 2008 zu setzen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten zwei Jahre das Amt - 5110 - Familienberatung und Schulpsychologischer Dienst Stadt Köln schrittweise zu einem Beratungszentrum umzustrukturieren.

Es sollen nach und nach in allen Stadtbezirken Beratungszentren aufgebaut werden, in denen Familienberaterinnen/-berater, Schulpsychologinnen/-psychologen und Sozialarbeiterinnen/-arbeiter für die „zugehende Familienbetreuung“ gemeinsam tätig sind. Die Reihenfolge des Ausbaus bemisst sich am Bedarf des jeweiligen Bezirks. Die an den Schulen eingesetzten Sozialarbeiterinnen/-arbeiter sollen das Bindeglied zwischen den Zentren und den Schulen sein.

Die Beratungstätigkeit des Zentrums soll vor Ort statt finden, z.B. auch durch regelmäßige Sprechstunden an den Schulen. Hierbei soll seitens der Schulen eine enge Kooperation mit den sich entwickelnden Förderzentren von Beginn an angestrebt werden.

Aufgrund des unterschiedlichen Bedarfs in den einzelnen Stadtbezirken können die Personalbesetzungen der Zentren differieren. Bezüglich der Stellenausstattung wird die Verwaltung gebeten, bis Ende Februar 2009 einen Vorschlag zu entwickeln, der insbesondere die Erfahrungen im erfolgreichen Sozialraumprojekt Chorweiler/Seeberg berücksichtigt.

Wo bereits sozialraumorientierte Hilfsangebote bestehen, sollen die Stadtbezirkszentren eng mit den Sozialraumkoordinatoren zusammenarbeiten und Kindergärten, Schulen sowie bestehende Initiativen unterstützen.

Begründung:

Um den gesteigerten gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden und aus Gründen der Chancengleichheit soll Kindern aus allen Gesellschaftsgruppen die Chance geboten werden, einen ihren Fähigkeiten bzw. unter Umständen auch besonderen Begabungen entsprechenden Schulabschluss zu erreichen.

Durch die enge Vernetzung des Beratungspersonals ist mehr Nähe zu den Eltern gegeben und kann ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden.

Hierdurch können zum einen die Eltern besser sensibilisiert werden im Hinblick auf ihre Verantwortung und ihre Möglichkeit zur Mitwirkung an der frühkindlichen Bildung.

Zum anderen wird ein früheres Eingreifen bei sich anbahnenden Krisen, der Problematik des Schulschwänzens o. ä. ermöglicht.

Im Übrigen kann die Stadt durch diesen präventiven Ansatz langfristig Kosten vor allem im Sozialhaushalt sparen.

Es empfiehlt sich, mit den Stadtbezirken zu beginnen, in denen bereits Strukturen der Sozialraumplanung vorhanden sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer